

An den Landtagspräsident
des Landtags Nordrhein-Westfalen

.....

Per E - Mail



Datum 17.10.2019

LPK

Ihnen schreibt Anne Berger
Telefon 02 01 / 1 83 23 83
Fax 02 01 / 1 83 41 98
E-Mail personalrat
@stw.essen-duisburg.de

Unser Zeichen
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht
vom

Stellungnahme der Landespersonalrätekonferenz der Studierendenwerke zum Haushaltsplan des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2020

Die Studierendenwerke fördern durch Ihre Angebote wie preiswertes Wohnen, preiswertes Essen, Kinderbetreuung und Beratung die soziale Mobilität in unserer Gesellschaft. Durch die Leistungen und Angebote der Studierendenwerke, soll ermöglicht werden, dass studieren für jedes Kind möglich sein sollte und nicht vom Einkommen der Eltern abhängt.

Die Studierendenwerke tragen damit zur sozialen Daseinsvorsorge für Studierende bei und erhöhen im entscheidenden Maße die Attraktivität einer Hochschule.

Anstatt die Studierendenwerke jedoch ausreichend mit finanziellen Mitteln auszustatten, müssen wir feststellen, dass die Haushaltsmittel seit Jahren stagnieren. Es wird weder dem Rechnung getragen, dass die Studierendenwerke in zunehmendem Maße soziale und psychologische Beratungen anbieten, noch den im Laufe der Jahre verbesserten Angebote und steigenden Preise. Die Entwicklungen der Kosten durch den Anspruch und den Bedarf der Studierenden bezüglich des Angebots durch die Studierendenwerke, wird hierbei ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt.

Stattdessen werden die erhöhten finanziellen Belastungen der Studierendenwerke immer mehr auf die Studierenden und die Beschäftigten der Studierendenwerke abgewälzt.

Erhielten die Studierendenwerke vor 15 Jahren noch im Schnitt 98 Euro pro Studierenden so sind es heute nur noch 68 Euro pro Studierenden. Steigende Kosten und Sanierungstau werden in immer höheren Anteilen Studierenden aufgebürdet.

Auch auf unsere Beschäftigten wirkt sich dies aus: Die Arbeitsverdichtung nimmt beispielsweise gerade im Bereich der Beratung zu, da die Studierendenwerke nicht mehr das Geld haben, entsprechend der Nachfrage Stellen zu schaffen. Kleinere Einrichtungen stehen vor der Schließung, Modernisierungen in den Mensen und Einrichtungen können kaum noch durchgeführt werden, was natürlich zu verschlechterten und erschwerten Arbeitsbedingungen führt. Darüber hinaus leiden unsere Beschäftigten darunter, wenn sich Angebote, Öffnungszeiten oder die Qualität der Angebote verschlechtern. Für Sie ist es vielleicht nicht vorstellbar, aber unsere Beschäftigten identifizieren sich mit Ihrer Arbeit und Ihrem sozialem Auftrag und es ist Ihnen unangenehm, wenn sie Studierende wegschicken oder sie Ihnen abgewohnte Wohnheime vermieten müssen.

Während in der Hochschullandschaft über Exzellenz Universitäten geredet wird, werden die erbrachten Leistungen der Studierendenwerke aus unserer Sicht immer mehr aus den Augen verloren.

Über 5000 Beschäftigte in den Studierendenwerken NRW sorgen täglich dafür, die Bedürfnisse der Studierenden zu erfüllen.

Auch der Haushaltsplanentwurf 2020 folgt der Regel, möglichst wenig für die Studierendenwerke auszugeben.

Der allgemeine Zuschuss beträgt wie auch im Jahr zuvor 40 500 000 €. Damit ist er fast genau auf dem Stand von 2006. Verbesserte Angebote und Preis- und Lohnsteigerungen finden im Haushaltsplanentwurf keine Berücksichtigung. Dies betrifft auch die Pauschale zur Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Eine Erhöhung der Pauschale aufgrund von Tarifsteigerungen ist hier nicht berücksichtigt worden.

Die Personalräte und Personalrätinnen der Studierendenwerke erwarten an dieser Stelle mehr Unterstützung für uns und unsere Beschäftigten von der Landesregierung. Wir sind es leid, dass wir nur noch als Kostenfaktoren und finanzielle Belastung wahrgenommen werden und dabei völlig übersehen wird, welche Leistungen die Studierendenwerke und ihre Beschäftigten tagtäglich für die soziale Infrastruktur der Hochschulen leisten.

Die Leidtragenden dieser Politik sind auch die Studierenden. Statt der notwendigen Zuschüsse aus Landesmitteln haben sich die Sozialbeiträge der Studierenden von 44,76 Mill. im Jahre 2006 auf 93,1 Mill. im Jahre 2016 mehr als verdoppelt. Weitere Sozialbeitragserhöhungen und Preissteigerungen erachten wir für die Studierenden als unzumutbar, wollen wir auch weiterhin ein sozialer Dienstleister sein, insbesondere für die Studierenden, die weniger finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

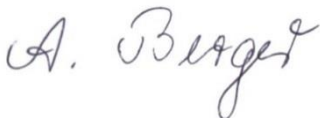
Desgleichen sind die finanziellen Mittel für die Wohnheimsanierung bzw. Mittel für Neubauten völlig unzureichend. Alleine der Sanierungsstau beträgt mindestens 300 Mill. Euro. Rücklagen können bei einer sozialverträglichen Miete von durchschnittlich 250 € nicht mehr gebildet werden. Die jetzige politische Lösung mit einer 60 zu 40 Bezuschussung ist völlig unzureichend, da sich die Studierendenwerke mit vielen Millionen verschulden müssten.

Mittelfristig werden die Studierendenwerke unter diesen finanziellen Bedingungen ihre vom Land übertragenen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Die Landespersonalrätekonferenz der Studierendenwerke in NRW fordert deshalb eine den Aufgaben gerechte Finanzierung. Das bedeutet: Eine relevante Erhöhung des allgemeinen Zuschusses, der sich zukünftig an den realen Kosten wie Preis- und Tarifsteigerungen flexibel orientiert und ein finanziell abgesichertes Wohnheimsanierungsprogramm, das diesen Namen auch verdient.

Allen Akteuren muss endlich bewusst werden, dass Hochschule nicht nur Forschung und Lehre ist, sondern es auch eines sozial abgesicherten Umfeldes für die Studierenden bedarf. Nur so wird die Grundlage für eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Hochschullandschaft in NRW ist geschaffen.

Mit freundlichen Grüßen



(Vorsitzende)



(stellv. Vorsitzender)